



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-  
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreigespaltene Preiskarte 50 Pfennig, Landes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Bestellungsregister.

Für die Woche vom 12.—18. August ist die Beitragsmarke in das mit 33 bezahlte Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

## Kritisches zum neuen Wirtschaftsplan.

Von R. Schmidt.

S. A. K. Durch die Bundesratsverordnung über die Bewirtschaftung der Ernte aus dem Jahre 1917 sind gegenüber dem bisherigen Wirtschaftsplan einige wesentliche Änderungen getroffen. Bei der hohen Bedeutung, die für unsere Volksernährung die zweckmäßige Bewirtschaftung des Brotgetreides beansprucht, sollen einige Neuerungen erläutern und kritisch besprochen werden.

Die Verordnung erweitert die Aufgabe der Reichsgetreidebestelle, indem von hier aus neben dem Brotgetreide auch Gerste, Hafer und sämtliche Hülsenfrüchte der Bewirtschaftung unterliegen. Bisher bestanden für Hafer, Gerste und Hülsenfrüchte besondere Reichsstellen zur Verwaltung. Man wird also nun insofern eine Verbesserung erwarten können, als die Durchführung der Beschlagnahme vereinfacht, da die Vielseitigkeit der Organisation zurückgedrängt ist.

Bisher bestand die Einrichtung, daß eine große Anzahl Kommunalverbände, insbesondere diejenigen, die ihren Bedarf an Brotgetreide selbst decken können, sogenannte Selbstbewirtschaftung betrieben, d. h. ihre Bevölkerung selbst versorgten und hierfür im wesentlichen die nötigen Anordnungen trafen. Diese Organisation hat sich nicht in allen Fällen als sehr glücklich erwiesen, es fehlte nicht selten die Kontrolle über die Verwendung der Erntemengen, und es trat zu sehr das eigene Interesse des Bezirks in den Vordergrund, wobei die Gesamterversorgung litt. Sehr viele Kommunalverbände, die der Reichsgetreidebestelle angeben hatten, sie würden die Versorgung aus den Erntemengen ihres Bezirks selbst bedenken können, gelangten nach einigen Monaten in den Zustand des Bedarfsverbandes, da sie die notwendigen Mengen nicht aufbrachten. Es wäre sicher ratsam gewesen, mit dieser Selbstbewirtschaftung der Kommunalverbände gänzlich aufzuräumen. Die neue Bundesratsverordnung geht nicht so weit, beschränkt aber die Befugnis insofern ein, als sie nur benutzigen Kommunalverbänden die Selbstbewirtschaftung gestattet, die nach den Erfahrungen im Jahre 1915/16 voraussichtlich bis zum 15. Mai 1918 tatsächlich aus den Erntemengen ihres Bezirks den Bedarf der Bevölkerung decken können. Damit wird immerhin erzielt werden, daß nicht ganz willkürlich die Selbstbewirtschaftung beansprucht werden kann.

Die Verordnung enthält über die Höhe der Brotrotation, über die Verwendung von Hafer, Gerste und Hülsenfrüchten keine näheren Bestimmungen, sie überläßt es der späteren Anordnung, unter Berücksichtigung der Ernte, die Verwendung zu bestimmen, nur die Beschlagnahme zugunsten der Reichsgetreidebestelle ist aus-

gesprochen. Sehr wesentlich wird diese Bestimmung für die Bewirtschaftung der Gerste sein. Im vorigen Jahr sind 40 Prozent der Gerste dem Besitzer zur freien Verfügung überlassen worden; ferner waren diejenigen Betriebe, die bis zu 20 Zentner Gerste ernteten, von der Abgabe befreit. Diese Bestimmung ist von der sozialdemokratischen Partei und auch von anderer Seite wiederholt heftig angegriffen, da sie ungerechtfertigt dem großen Besitzer erhebliche Mengen Gerste freiließ und die Kontrolle der Verwendung nahezu aufhob. Wir werden mit den Erträgen der diesjährigen Ernte haushälterischer umgehen müssen, als es im Vorjahre geschah. Wahrscheinlich werden wir für die Vorbereitung Gerste nicht zur Verfügung stellen können. Hafer und Gerste muß für Nährmittel und zur Streckung des Brotes dienen. Die Bevölkerung kann sich dabei auch nicht mit einer Brotrotation zufrieden geben von 1900 Gramm pro Woche, wie sie vor Kürzung der gegenwärtigen Brotrotation bestand, sondern es muß möglich sein, unter zweckmäßiger Ausnutzung des Brotgetreides mit Zuhilfenahme von Hafer und Gerste die Brotrotation erheblich zu erhöhen.

Wir sind in der Lage, selbst bei einer ungünstigen Ernte die erhöhte Brotrotation sicher zu stellen. Vergewärtigen wir uns, daß in Friedenszeiten Deutschland abzüglich der Ausfuhr eine Einfuhr an Brotgetreide von rund einer Million Tonnen hatte, daß dieser Fehlbetrag gegenwärtig nahezu durch eine erhöhte Wehlausbeute gedeckt wird, daß wir bei einem strikten Verbot der Verfütterung für die menschliche Ernährung ganz erhebliche Quantitäten einparen können, daß wir aus Künamen erhebliche Zuschüsse erhalten, so kann bei einem richtigen Erfassen der Ernte die bisherige Ration ganz erheblich herausgehoben werden. Damit würde eine der wichtigsten Ernährungsfragen im Kriege gelöst werden. Die Brotversorgung geht allen anderen Ansprüchen voran. Es würde sich empfehlen, von der beschlagnahmten Gerste einen Teil für die Grütze- und Graupenfabrikation zu verwenden, den Rest etwa zu 40 bis 50 Prozent auszumahlen und die Mele entsprechend der Viehhaltung an den Erzeuger zurückzugeben. Das Gerstenmehl muß ebenfalls zur Brotstreckung dienen. Die Bundesratsverordnung trifft hierüber noch keine Bestimmungen, dagegen ist bereits im Reichstag von Herrn von Batocki angelindebt, daß die Freigabe der Gerste in dem bisherigen Umfang nicht mehr durchgeführt wird. Einen Fortschritt enthält die Verordnung auch insofern, als sie den freihändigen Verkauf von Gerste und Hafer durch Bezugsverträge für die Herstellung von Nährmitteln und Bier nicht mehr zuläßt, sondern von der Reichsgetreidebestelle die nötigen Mengen überwiesen werden.

Wir sind mit der Brotversorgung zu den sehr unangenehmen Fehlbeträgen in diesem Jahr gekommen, weil es an einem energischen Zugreifen bei der Beschlagnahme fehlte. Die Reichsgetreidebestelle ist von dem Vorwurf nicht freizusprechen, daß sie es veräuerte, rechtzeitig die Bestände zu erfassen, die für die Ernährung notwendig waren. Natürlich besteht bei dem Mangel an geeigneten

Futtermitteln und der Abneigung der Landwirte, die Bestände bis auf den Bedarf im Haushalt herauszugeben, ein Widerstand in der Durchführung der Beschlagnahme, der nicht zu unterschätzen ist, der aber behoben werden muß, wenn wir nicht in noch höherem Maße im künftigen Jahr unsere Brotversorgung gefährden sollen. Die Verordnung überträgt der Reichsgetreidebestelle eine Kontrolle, die sich auch auf die Verwaltung der Kommunalverbände erstreckt, um in die ordnungsmäßige Verwendung der Bestände Einblick zu erhalten. Das wird notwendig sein, um den vielen Anzutraglichkeiten, die in einzelnen Gemeinden beobachtet wurden, zu begegnen. Ohne eine gut durchgeführte Kontrolle von der Zentralstelle werden wir eine Verbesserung in der Ausbringung der Getreidebestände nicht herbeiführen.

So wünschenswert eine strikte Durchführung der Beschlagnahme ist, erscheint doch eine Bestimmung, die darauf hinausgeht, als Strafe für Hinterziehung der zu liefernden Bestände eine Kürzung der Ration der Nährmittel, die der Gemeinde zugeteilt werden, vorzunehmen, als recht bebenklich, da in solchem Fall der Schuldige nicht allein, sondern auch die Unschuldigen getroffen werden.

Eine sehr beachtliche Neuerung wird durch die Wirtschaftskarte eingeführt. Für jeden landwirtschaftlichen Betrieb soll vom Kommunalverband eine Karte ausgestellt werden, die über Größe des Bestandes, Anbau, Viehhaltung, Ernteergebnis und Lieferungsarten Auskunft gibt. Damit ist an einer Stelle die Uebersicht gegeben, was der einzelne Betrieb aufgebracht und abgegeben hat. Ob diese sehr zweckmäßige Einrichtung, die seit langem von unseren Parteifreunden gefordert wurde, streng durchgeführt wird, hängt von der Kontrolle ab, die die Reichsgetreidebestelle ausübt, denn auf den Landratsämtern in Preußen wird diese Anforderung nicht freudig begrüßt werden. Es ist aber auch vor einer Ueberhöhung der Einrichtung zu warnen. Viel wichtiger ist, daß die beschlagnahmten Bestände so schnell wie möglich abgeliefert werden; aus der Hand des einzelnen Besitzers in die zentrale Verwaltung übergehen. Die Vorchrift, es muß ein bestimmter Betrag abgeliefert werden, ist wirkungslos, wenn am Schluß Getreide, Hafer oder Gerste verfüttert ist, helfen alle Strafen nicht, das Fehlende herbeizuschaffen.

Um den schnellen Ausbruch des Brotgetreides herbeizuführen, erhält der Landwirt zu den für die nächste Ernte schon erhöhten Getreidepreisen noch eine besondere Prämie, die für die Tonne ausgedroschenen Getreides bis zum 16. August 60 Mk., bis zum 1. September 40 Mk., bis Ende September 20 Mk. beträgt. Mit diesem Preis-aufschlag soll ein Anreiz zur schnellen Ablieferung gegeben werden. Die Aufschläge sind viel zu hoch und werden aus landwirtschaftlichen Kreisen selbst angegriffen. Mehr Wert für eine schnelle Versorgung kann die Einrichtung der Frühbruschoorganisation beanspruchen, weil durch diese Organisation wirklich die praktische Handhabung geboten ist, die Schwierigkeiten in der Beschaffung von Arbeitskräften und Maschinen zu beheben.

Die Kartoffelversorgung aus der kommenden Herbsternie ist noch nicht geregelt. Da bisher die Organisation vollständig versagt hat, muß endlich das Kriegsernährungsamt dazu greifen, die Bestände, die für die menschliche Ernährung notwendig sind, frühzeitig zu beschlagnahmen. Wir brauchen für die städtische Bevölkerung bei einem Verbrauch von einem Pfund pro Kopf und Tag ungefähr neun Millionen Tonnen Kartoffeln. Die schlechte Ernte im Vorjahre ist auf 22 bis 25 Millionen Tonnen geschätzt, so daß der Verbrauch von neun Millionen Tonnen mit Leichtigkeit zu erfassen war. Auch hier muß gefordert werden, daß die Bestände aus der Hand des einzelnen Besitzers, soweit der Verbrauch der Versorgungsbehörden in Frage kommt, genommen werden. Die Lagerung dieser Bestände muß für den Winterbedarf in Städten, für den Frühjahrbedarf in Dorfgemeinden erfolgen. Die Dorfgemeinde muß in Wägen die Kartoffeln lagern, die unter Anrechnung von Schwund und Fäulnis die Mengen enthalten müssen, die zur Abgabe aufgelegt sind. Nicht der einzelne Landwirt darf die Lagerung vornehmen, sondern die Gemeindeverwaltung hat unter eigener Verantwortung für ordnungsgemäße Pflege und Aufbewahrung zu sorgen. Ueberlassen wir dem einzelnen Landwirt die Pflege und Aufbewahrung, so verschwinden die Bestände wieder im Viehstrog. Das muß in diesem Jahre unter allen Umständen vermieden werden.

Die Fragen, um die es sich hier handelt, sind von weittragender Bedeutung; darüber müssen alle Stellen, die bisher nur zögernd zugegriffen oder aus ihrer Abneigung, die getroffenen Verordnungen durchzuführen, kein Hehl gemacht haben, sich klar sein. Das Kriegsernährungsamt wird, wenn es nicht eine bessere Versorgung mit Brot und Kartoffeln herbeiführen kann, die Grundlage der Volksernährung so stark erschüttern, daß ernste Konflikte unvermeidlich sind.

## Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

In der Zeit vom 24. bis 26. Juli fand in Berlin eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände statt, die wiederum eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen hatte. Vor Beginn der Beratungen gedachte der Vorsitzende des vor wenigen Tagen verstorbenen Genossen Diehl-Frankfurt a. M., des Leiters des Dachdeckerverbandes, dessen Andenken von der Versammlung in der üblichen Weise

## Maschinist Bredenbrüders Heimkehr.

Von Pan.

(Nachdruck verboten.)

„So,“ sagte der Herr, der dem Maschinisten Bredenbrüder im Zuge gegenüber saß, und hielt ihm die Zigarrentasche hin, „Sie fahren also nun heim?“

„Ja... Danke...“ Bredenbrüder sprach zögernd und betrachtete die Zigarre in seiner Hand. „Gewissermaßen. Ich bin da eigentlich nicht zu Hause. Meine Eltern sind tot. Schon lange. Aber...“

„Es wartet etwas Liebes, nicht wahr?“ Maschinist Bredenbrüder errötete leicht, lächelte verlegen.

„Na, ich will nicht indiscret sein. Fräulein Braut wird sich natürlich sehr freuen, kann ich mir denken. Sie jucken die Achseln? Rann?!... Aber warum zünden Sie den Glimmstengel nicht an? Kein Feuer? ... Ah, Verzeihung!“ Er klarrte einen Moment mit großen, schreckhaften Augen auf den linken Arm des Maschinisten, den dieser halb abgewendet in der Ecke hielt, und zog mit nervöser Eile das Feuerzeug. Lehnte sich dann zurück und versuchte, seine Ueberraschung zu meistern.

„Verdammt noch mal!“ sagte er mit einem tiefen Atemzuge, „wo haben Sie das geholt?!“ „Gelassen, wollen Sie sagen.“ Bredenbrüder gab sich die größte Mühe, kaltblütig zu sprechen, aber das Rot auf seinen Wangen vertiefte sich. Er bewegte den Armstumpf in dem Ärmel des blauen Jacketts wie zu einer Geste. „Die linke

geehrt wurde. Der Geschäftsbericht der Generalkommission wurde in drei Referate eingeteilt. Legien berichtete über den gewerkschaftlichen Teil, Bauer über die Hilfsdienstsfragen und H. Schmidt über die Ernährungsfragen. Der Bericht Legiens erstreckte sich auf die Unterstützung der Arbeitersekretariate, insbesondere des Braunschweiger Bezirkssekretariats, das von dem örtlichen Sekretariat abgetrennt wurde, über die Rüstungsarbeiterstreiks und die Stellungnahme der Generalkommission dazu, über den Beitritt der letzteren zum „Roten Kreuz“, über die Kriegsbeschädigtenfürsorge und die Sammlungen für Kriegsbeschädigte sowie über einige Fragen der Kriegs- und Uebergangswirtschaft, wobei besonders die Einschränkung des Papierverbrauchs das Interesse der Gewerkschaftspresse berührt. Einen vom Vorstand des Handlungsgehilfenverbandes gerichteten Antrag, der verlangte, daß die Generalkommission nicht bloß mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, sondern auch mit der Vertretung der unabhängigen Sozialdemokratie zusammenwirken soll, wies er mit der Begründung zurück, daß das von den Gewerkschaften getroffene Mannheimer Abkommen mit der Partei nur die eine Partei und die eine Reichstagsfraktion kenne.

In der Debatte wurde die Uebergangswirtschaft, die Stellungnahme zur Friedensumgebung des Reichstags, das Zusammenwirken mit der Partei und mit anderen Gewerkschafts- und Angestelltenverbänden, die politische Streikpropaganda und die Erudierung der Konferenzprotokolle besprochen. Es wurde beschlossen, die letzteren nur im Auszuge durch Wiedergabe der Beschlüsse mit entsprechenden Kommentaren zu veröffentlichen. Ein Antrag, eine Studienkommission für Uebergangswirtschaft und Handelsvertragsfragen einzusetzen, wurde der Generalkommission zur Prüfung, der hierzu notwendigen Einrichtungen, Kräfte und Mittel überwiesen. Fernerhin soll die Generalkommission mit der zuständigen Reichsleitung für Uebergangswirtschaft über die Zulassung von Arbeitervertretern zu den Selbstverwaltungskörperschaften (Industrie- und Gewerbegruppen) verhandeln. Die Notwendigkeit einer Neuregelung der Gehälter der Angehörigen der Generalkommission wurde allseitig anerkannt und eine Kommission mit den Vorarbeiten hierfür betraut. Der Antrag des Vorstandes des Handlungsgehilfenverbandes wurde gegen eine Stimme abgelehnt.

Hand ist weg, ja. Bis zum Gelenk. Wo sie geblieben ist, weiß ich nicht. Vielleicht nach England geschwommen. Es kommt ja jetzt allerlei abhanden. Meine Maschine kriegt 'nen Torpedo, und es ist merkwürdig genug, daß es nur die Hand und nicht den Kopf getroffen hat.“

„Verflucht! ... Wie war Ihnen da zu Mute, als das Ding ankam?“

„Zu Mute?“ Bredenbrüder lächelte, und seine blauen Augen waren erstaunt auf ihr Gegenüber. „Gar nicht war mir zu Mute. Ich hörte es krachen, weiter nichts. Als ich wieder zu mir kam, hatte mich ein Kreuzer aus der See gefischt und die Hand vergessen.“

„Daß Sie darüber noch scherzen können — alle Achtung!“

Der Maschinist zuckte die Achseln und sog heftig an der Zigarre. Sein Gesicht war nun dunkelrot, und er atmete schneller. „Hin ist hin... Wer kanns ändern? ...“ Und fügte jäh hinzu: „Geben Sie mal Ihre beiden Hände her.“

Der andere reichte sie ihm zögernd und neugierig. Bredenbrüder packte sie mit der Rechten: „So, nun machen Sie sich los!“

Der Herr versuchte es. Vergebens.

„Sehen Sie!“ Der Maschinist ließ ihn triumphierend frei. „Ich habe in der einen Hand mehr Kraft als Sie in beiden.“

„Ja, ja, gewiß. Aber...“

„Gar kein Aber!“ Bredenbrüder erregte sich. „Kraft ist doch die Hauptsache! Wenn es darauf anläßt, schlug ich Sie mit meiner einen Faust nieder, trotzdem Sie zwei haben. Entschuldigen Sie,“ er strich sich mit der bebenden Rechten ver-

Der Bericht Bauers über Hilfsdienstsfragen behandelte die Bestellungen von Hilfsdienst, die Ausschufnahmen und die Bestrebungen der Selben, in die Ausschüsse hineinzugelangen, sowie die selbständigen Erfahrungen aus der Mitarbeit des Hilfsdienstgesetzes (Lohnfragen, Beschäftigung und Organisation der Ausländer, Arbeitsvermittlung, Versammlungsrecht und Beschränkungen). Besonders besprengten die Mitteilungen des Redners über die Aufhebung des Versammlungsrechts durch die Kommandobehörde des schlesischen Armeebezirks aus Anlaß von wilden Bergarbeiterstreiks, die mit dem Hilfsdienstgesetz nicht zu vereinbaren ist. Hierzu wurde beschlossen:

„Die Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Zentralverbände erhebt gegen die von den stellvertretenden Generalkommandos des I. und VI. Armeebezirks erlassenen Verordnungen über die Aufhebung des Vereins- und Versammlungsrechts entschiedenen Protest.“

Durch jene Verordnungen wird den gewerkschaftlichen Organisationen die Erfüllung ihrer Aufgabe, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer wahrzunehmen, unmöglich gemacht. Die Verordnungen verstoßen gegen den § 14 des Gesetzes betr. den vaterländischen Hilfsdienst und sind nicht zu vereinbaren mit den mehrfach von der Reichsregierung abgegebenen Erklärungen, wonach den Gewerkschaften auch unter dem Belagerungszustand weitestgehende Bewegungsfreiheit zugesichert werden soll.

Die Konferenz beauftragt die Generalkommission, schleunigst mit den zuständigen Regierungsstellen in Verbindung zu treten, um eine Aufhebung jener Verordnungen herbeizuführen. Sie erklärt, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes unbedingt notwendig ist, damit endlich das gesetzlich garantierte Vereins- und Versammlungsrecht wieder ungehindert ausübt werden kann.“

Ferner wurde gegen einen Erlaß des Kriegsamt, der die Hilfsdienstpflichtigen am Arbeitswechsel wegen Erstattung höherer Löhne behindert, Einspruch erhoben und die Generalkommission beauftragt, mit dem Kriegsamt über die Zurückziehung dieses Erlasses zu verhandeln.

Der Bericht von H. Schmidt über Ernährungsfragen behandelte die seit der Herabsetzung der Brotration eingetretenen Mängel in der Volksernährung, wobei er der Ueberzeugung Ausdruck gab, daß der Brotgetreide- und Kartoffelmangel zu einem guten Teil auf die

Legen übers Haar. „Ich bin sonst gar kein Kaufbold.“

„Rein, nein.“ Der andere lachte und sagte entgegenkommend: „Sie haben ja nicht so unrecht. Sehen Sie, da ist ein Dusek von mir. Der kriegt bei Gravelotte eine Krüge in die rechte Schulter. Sie steht heute noch drin, wandert umher, sitzt bald hier, bald da. Es macht ihm nichts. Allerdings, der Arm, die Hand sind gelähmt, absolut nicht zu gebrauchen. Er war so eine Art Sekretär, mein Dusek. Irgehwos mit viel Schreiberei. Heute ist er pensioniert. Aber damals hat er seinen Beruf wieder aufnehmen können. Unmöglich, meint mancher. Rein, er schreibt einfach mit der linken Hand. Ja, im Anfang ging's schwer — selbstverständlich. Aber Übung macht den Meister — wirklich! Und bald schrieb er wunderschön, ohne Anstrengung. Koch heute: wie gekommen!“

„Na also!“ Bredenbrüder lachte fröhlich und streifte mit einer flotten Bewegung des linken Fingers die Asche von der Zigarre. „St ja alles nicht so schlimm. Nur nicht verblässen lassen! Da wars sogar die rechte Hand. Bei mir was die linke. Die braucht man ja überhaupt nur aus Angewohnheit!“

„Gut...“ Der Reisende wollte etwas entgegen, befaß sich schnell und sagte: „Ja, da sind Sie freilich viel, viel besser daran.“

„Biel besser!“ Bredenbrüder nickte überzeugt. Der Zug lief in eine Station ein. „Nunf Minuten Aufenthalt!“ rief der Schaffner.

„Ihre Zigarre ist gut,“ sagte Bredenbrüder, „aber sie macht Durst.“ Er machte. „Wissen Sie was? Sie gesellen mir. Lassen Sie uns schnell ein Glas Bier miteinander trinken.“

Verflüchtung der zu menschlicher Ernährung bestimmten Vorräte an das Vieh verursacht sei. Er erörterte dann die Mängel bei der Gemüse- und Obstversorgung und die Bewirtschaftung der neuen Ernte, sowie die Regelung der Kohlenversorgung. Ein Beschluß wurde zu diesem Teile des Geschäftsberichts nicht gefaßt.

Danach erstattete Bauer den Bericht von der Internationalen sozialistischen Konferenz in Stockholm, die die Verständigung der Arbeiterparteien aller Länder herbeiführen sollte. Die Generalkommission hat zu diesen Beratungen drei Vertreter delegiert. Wenn die Konferenz auch das für sie vorgesehene Ziel nicht erreicht hat, so hat sie doch wenigstens bei den ausländischen Arbeiterparteien Aufklärung und Verständnis für die wirkliche Haltung und die Friedensziele der deutschen Sozialdemokratie und Gewerkschaften gebracht. Ganz besonders ist zu begrüßen, daß der russische Arbeiter- und Soldatenrat darüber informiert werden konnte und dadurch der internationalen Verständigung ein einflussreicher Förderer erwirkt wurde. In der Aussprache über die Friedensbestrebungen wurde von einer Seite das Zusammenwirken der Generalkommission mit der Pariser Sachsisch angegriffen. Von einigen Rednern wurde der Auffassung Ausdruck gegeben, daß die Generalkommission die Delegation zu solchen Konferenzen der Vorständekonferenz zur Beschlußfassung unterbreiten möge. Mit der Haltung der Gewerkschaftsvertreter erklärte sich die Konferenz einverstanden. Die Generalkommission wurde ermächtigt, auch weitere Friedenskonferenzen dieser Art mit Gewerkschaftsvertretern zu beschicken. Einstimmig beschloß die Konferenz folgende Zustimmung zur Friedens- und Umgebung des Deutschen Reichstages:

„Die Gewerkschaften Deutschlands begrüßen es mit großer Freude, daß der Reichstag durch seinen Beschluß vom 19. Juli sich im Namen des deutschen Volkes für einen Verständigungs-frieden erklärt hat.

In der Gesamtheit der Arbeiterbewegung, deren Interesse die Gewerkschaften vertreten, findet der Wille zur schnellen Beendigung des Krieges durch Verständigung der Völker nicht nur eine mächtige Zustimmung; die Arbeiter Deutschlands sind auch bereit und entschlossen, mehr noch wie schon seither ihre Kräfte für die baldige Erreichung dieses Zieles einzusetzen.“

Daran schloß sich die Stellungnahme der Konferenz zu der bevorstehenden Internationalen

Gewerkschaftskonferenz in Bern, die die schweizerische Landeszentrale der Gewerkschaften im Auftrag der Stockholmer Konferenz vom 8. Juni d. J. einberufen hat. Legten berichtete über diese Konferenz in Stockholm und über die Vorgänge, die zur Einberufung einer neuen Konferenz in Bern führten. Die Vorständekonferenz beschloß, die Berner Konferenz durch zehn Vertreter zu beschicken. Dieser Konferenz soll einer Reihe gewerkschaftlicher Forderungen unterbreitet werden, die im Friedensvertrag bei Abschluß des Krieges Aufnahme finden sollen. Jansson berichtete über diese Vorlage, daß eine Gewerkschaftskonferenz in Leeds ein ähnliches Programm für die Gewerkschaften der Entente-Länder aufgestellt habe, das nicht bloß große Ähnlichkeit aufweise, sondern auch zweckmäßige Forderungen enthalte. In die Vorlage der Generalkommission seien nur allgemeine Forderungen aufgenommen worden, während die besonderen beruflichen Forderungen beim Internationalen Arbeitsamt in Basel, dem der Charakter einer internationalen öffentlich-rechtlichen Institution zugebacht ist, geltend gemacht werden sollten. In der Diskussion wurde eine anderweitige Redaktion einzelner Forderungen sowie deren Ergänzungen gewünscht. Die deutsche Delegation wurde ermächtigt, sich darüber vor der Berner Konferenz schlüssig zu werden. Die Delegationskosten werden von der Generalkommission veranlagt und auf die Gewerkschaften umgelegt. Die Konferenz wählte sieben Delegierte sowie Ersatzmänner für diese und ermächtigte die Generalkommission, drei Delegierte zu entsenden.

Sodann unterbreitete der für die Neuregelung der Gehälter der Angestellten der Generalkommission eingesetzte Ausschuss eine Vorlage, die von Leipzig eingehend begründet wurde. Er hob hervor, daß der Ausschuss sämtliche Beschlüsse einstimmig gefaßt habe. Die Gehaltsvorschläge des Ausschusses wurden nach kurzer Debatte einstimmig bei zwei Stimmhaltungen angenommen.

Um die Arbeiterinnen in stärkerem Maße zur gewerkschaftlichen Organisation heranzuziehen, wurde das Arbeiterinnensekretariat mit der Herausgabe einer geeigneten Agitationschrift beauftragt.

Zur Stellungnahme zur Organisation der Kriegsteilnehmer wurde die Vorständekonferenz veranlaßt durch die Gründung eines Bundes der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten, der den Zweck verfolgt, die gemeinsamen Interessen der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten durch diese selbst der Gesetz-

gebung gegenüber, wie auch im Wirtschaftsleben zu wahren und Kameradschaft und Solidarität zu pflegen. Die Gründung des Bundes erfolgte aus Kreisen, die der modernen Arbeiterbewegung nahesteht, und im Gegensatz zu der auf der Essener Ostertagung beschlossenen Zentralisation der Kriegsbeschädigten, die sich neuerdings der kräftigen Unterstützung der Schwerindustriellen erfreut und dazu aussersehen scheint, die Selben abzulösen. Die Gewerkschaften und Angestelltenverbände hatten sich im April dieses Jahres aus Anlaß der Essener Gründung gegen jede Sonderorganisation der Kriegsbeschädigten erklärt und deren Interessenwahrung für die Gewerkschaften und deren Arbeitersekretariate beansprucht. Zu einer Organisation der Kriegsteilnehmer hatten die Gewerkschaften seither noch nicht Stellung genommen; doch ist das Für und Wider in einem Teil der Gewerkschaftspresse lebhaft erörtert worden. Die Vorständekonferenz entschied sich nach einer einleitenden Schilderung eines Vertreters der Bundesleitung, der die Umstände, die zur Gründung dieser Organisation führten, sowie die ihr von behördlicher Seite gemachten Schwierigkeiten schilderte, für folgenden Beschluß:

„Da der „Bund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer“ durch Maßnahmen der entscheidenden Behörden entgegen seinem Willen zunächst zu einer Organisation der Kriegsbeschädigten geworden ist, gilt für ihn das gleiche, was von den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden gegenüber dem „Verband wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsbeschädigter für das Deutsche Reich in Essen-Ruhr“ in der Rundgebung vom 3. April 1917 gesagt worden ist. Die Konferenz der Vorstandsvertreter kann Stellung zu dem „Bund“ erst nehmen, wenn dieser unbeeinflusst durch Eingriffe der Behörden die Erfüllung seiner ursprünglichen Aufgabe, die Kriegsteilnehmer zu vereinigen, wird in Angriff nehmen können.“

Im Weiteren stimmte die Konferenz dem Anschluß des Deutschen Eisenbahnerverbandes und des Allgemeinen deutschen Chorsängerverbandes an die Generalkommission zu. Der Deutsche Eisenbahnerverband darf zur Zahlung von Streitbeiträgen nicht herangezogen werden, er ist, nachdem die ihm seither bereiteten Schwierigkeiten durch Verhandlungen mit den Eisenbahnverwaltungen und mit dem Deutschen Reichsfinanzminister aus dem Weg geräumt werden konnten, bereits zu einer erfreulichen Stärke herangewachsen und in bester Entwicklung begriffen. Der Allgemeine deutsche Chorsängerverband (St. Mannheim) umfaßt etwa 2800 Mitglieder.

Ferner stimmte die Konferenz dem Beitritt der Generalkommission zum Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur zu.

Zur Frage der innerpolitischen Neuorientierung nahm die Konferenz folgende Entschloßung an:

„Die Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Zentralvorstände vertritt in der Frage der innerpolitischen Neugestaltung im Deutschen Reich die Auffassung, daß diese längst notwendigen und zum Teil auch von der Reichsregierung zugefügten Reformen nicht länger mehr verzögert werden dürfen.“

Insbefondere erachtet sie die Einführung eines mit den Beschlüssen der Volksvertretung im Einklang stehenden Regierungssystems und die Einführung eines wirklich demokratischen Wahlrechts für alle einzelstaatlichen Landtage sowie für alle Gemeinden als die dringendste Voraussetzung für eine gesunde innerpolitische und wirtschaftliche Entwicklung, die allein das deutsche Volk befähigt, die verheerenden Wirkungen des Krieges bald zu überwinden.

Nicht minder erwartet die Konferenz, daß diese innerpolitische Neuorientierung zu einer Sozialgesetzgebung führt, die der deutschen Arbeiterkraft die volle Gleichberechtigung im wirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Leben, sowie den sozialen Aufstieg zur ungeminderten Teilnahme an der kulturellen Entwicklung des Volkes gewährleistet.“

Auf Antrag des Vorsitzenden des Deutschen Bauarbeiterverbandes wurde die Generalkommission beauftragt, die Wirkungen des Ueber-

sich dann mit einem Ruck zur Ruhe, beugte sich etwas vor und sagte mit gedämpfter Stimme: „Es ist schrecklich, immer daran zu denken . . . immerzu . . . immerzu . . . Man wird rein dumm davon . . . Und noch schrecklicher ist das verdammte Mittel, das man in allen, allen Augen sieht, wenn es auch nicht immer ausgesprochen wird . . . Man spürt es, fühlt es überall, überall . . . Ja, Sie haben es auch. Sie wollen es verbergen, aber ich merke es doch!“

Der andere machte ein verlegenes, halb schuldbehaftetes Gesicht und bewegte ratlos die Hände.

Maschinist Breidenbrücker lehnte sich hintenüber, sah an die Decke des Wagens und sagte ruhig: „Ich mache niemand einen Vorwurf daraus . . . nein . . . das wäre ja Unfain. Aber für mich ist es schrecklich, verstehen Sie das?“

„Gewiß, gewiß,“ antwortete der Reisende eilig. Er erinnert Sie immer wieder und vergrößert das Unglück in Ihren Augen. Sie wollen vergessen, aber den anderen fällt es natürlich auf, und so werden Sie sozusagen in einem fort darauf hingewiesen. Ja, das ist ganz richtig. Aber wenn Sie erst ständig in einem bestimmten Ort wohnen, in einem bestimmten Kreise von Menschen leben werden, ändert sich das ja auch. Die Gewohnheit löst sich aus. Mit meinem Onkel wars ähnlich. Ach Gott, was ist das nachher wieder für ein lustiger Herr geworden! Viel lustiger als ich bin. Noch heute: der reine Spatzvogel.“

(Fortsetzung folgt.)

„Gern, wenn ich bezahlen darf.“  
„Nein!“ Der Maschinist hatte schon die Hand am Riegel der Tür, zog eigenfönnig die Stirn in Falten und schob die Hand des anderen, der ihm helfen wollte, zurück. „Lassen Sie mich alles tun. Ich will Ihnen zeigen, wie übersflüssig eigentlich die linke Hand ist.“

Er sagte den feststehenden Griff und sprang leicht aus dem Wagen. Dann gingen sie in den Wartesaal und führten ihr Vorhaben aus. Breidenbrücker holte mit einem Anflug selbstgefälligen Lächelns sein Portemonnaie aus der Tasche, öffnete und schob es geschickt mit einer Hand und zahlte.

Als sie wieder im Zuge saßen, blühte er sein Gegenüber triumphierend an: „Raf!“

„Ja, das ging ja wirklich ganz famos! Sie haben schon eine tüchtige Übung, wie es scheint.“

„Ich denke an nichts anderes. Schon im Jagarett habe ich sie den ganzen Tag bewegt. So.“ Er ließ die Hand im Selenk rücken. „Sie machen mir das nicht nach.“

Der Herr versuchte es. „Nein, Sie sind entschlossen stinker.“

„Ja. Sie muß nun natürlich nicht nur stark, sondern auch geschickt werden für zwei. So, daß man die andere gar nicht vermischt. Ausdauer, Ausdauer!“ Er paffte heftig und sah eine Weile starr in die Luft. „Der Mensch kann alles! Was! Bloß wollen muß er. Ganz fest wollen! Und ich will! . . . Weil ich das mal vergessen will, verstehen Sie? Das ganze Masheur. Weil ich nicht kommen, daß ich überhaupt nichts mehr davon weiß.“ Er schneiderte mit einer heftigen Bewegung die Asche von der Zigarette. Er rang

trittsverbot (Mitgliederübernahme aus anderen Gewerkschaften) während des Krieges zu prüfen und die Frage der Aufhebung jenes Verbots auf die Tagesordnung der nächsten Vorstandskonferenz zu setzen.

## Rundschau.

**Georg Diehl** †. Der Verbandsvorsitzende der Dachdecker widmet seinem verstorbenen Verbandsvorsitzenden **Georg Diehl** = Frankfurt a. M. einen ehrenvollen Nachruf. 20 Jahre hat Genosse Diehl in treuester Pflückerfüllung das Amt als Verbandsvorsitzender bekleidet, bis eine schwere Krankheit, der er zum Opfer gefallen ist, ihm die Arbeit unmöglich machte.

Eine internationale Gewerkschaftskonferenz tagte am 8. Juni in Stockholm. Nach einem Bericht des „Vorwärts“ waren die Länder Schweden, Dänemark, Norwegen, Holland, Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und Finnland vertreten. Einem Vorschlage Legiens und Lindquist folgend, beschloß die Konferenz, die sachliche Beratung über die gewerkschaftlichen Friedensforderungen erst zu beginnen, wenn auch die Gewerkschaften der Entente-Länder sowie Amerikas und Spaniens vertreten sein können. Die italienische und die französische Zensur hatte die rein gewerkschaftlich gehaltenen Einladungsschreiben, die an die Gewerkschaftsleitungen dieser Länder wie Spaniens gerichtet waren, konfisziert. Der leitende Ausschuß der englischen Gewerkschaften hatte eine Teilnahme vorläufig abgelehnt. In einer Entschließung nahm die Konferenz Kenntnis von dem Programm der Gewerkschaftskonferenz zu Leeds im Juli 1916 und von dem Entwurf der Friedensforderungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros. Sie erachtet die Sicherung der Arbeiterrechte, des Arbeitsschutzes und der Arbeiterversicherung als eine der wichtigsten Bestimmungen in dem Friedensvertrag, der schließlich zustande kommen wird. Da diese Fragen die Arbeiterklasse der ganzen Welt aufs stärkste berühren, hält die Konferenz es nicht für zweckmäßig, jetzt in endgültige Beratungen einzutreten. Sie beschließt daher die Einberufung einer neuen Konferenz auf den 17. September 1917 (sie ist endgültig zum 1. Oktober einberufen) nach der Schweiz, so daß den Gewerkschaften aller Länder die Teilnahme ermöglicht sei. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse wird hierdurch eingeladen, zu dieser Konferenz Vertreter zu entsenden. Die Konferenz in Stockholm hält es für zweckmäßig, daß zu der neuen Konferenz nicht nach den Bestimmungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros nur drei Delegierte, sondern bis zu zehn Delegierten von jedem Lande gestattet werden müssen, wobei aber in der Abstimmung jedes Land nur eine Stimme haben soll. Die Konferenz ist überzeugt, daß eine solche Zusammenkunft der Vertreter der organisierten Arbeiter der ganzen Welt von entscheidender Bedeutung für die Sicherung der Lage der internationalen Arbeiterklasse sein und den Fortschritt der menschlichen Kultur fördern wird. In einem Zusatzbeschlusse erwartet die Konferenz, daß die Gewerkschaften aller Staaten trotz aller Widrigkeiten des Krieges die gewerkschaftliche Brüderlichkeit aufrecht erhalten und dafür sorgen werden, daß die neue Konferenz vollzählig besetzt sein wird. — Nach einer weiteren Meldung richtete die Konferenz an **Jouhaux**, den Vorsitzenden des Generalaussschusses der französischen Gewerkschaften, ein Telegramm, in dem sie die in Leeds im Juli 1916 von Vertretern des Proletariats von Frankreich, Großbritannien, Belgien und Italien gefassten Beschlüsse begrüßt als günstiges Zeichen des guten Willens, das zu beseitigen, was seit dem Kriege die Arbeiter trennt. Dem Arbeiter- und Soldatenrat in **Petersburg** übermittelte die Konferenz den Wunsch, er möge auf der Zusammenkunft in der Schweiz vertreten sein.

**Jahresabschluss des Holzarbeiterverbandes** für 1916. Die Beschäftigungsmöglichkeit im Holzgewerbe hat sich im Berichtsjahr auf dem schon zu Jahresbeginn vorhandenen günstigen Stand gehalten und ist in den meisten Branchen noch weiter gestiegen.

Die Mitgliederbewegung hatte in den beiden ersten Kriegsjahren einen empfindlichen Rückgang aufzuweisen, der jedoch im Jahre 1916 so gut wie gänzlich zum Stillstand kam. Ende 1916 waren zwar immer noch 1166 Mitglieder weniger als Ende 1915 vorhanden, indem die Gesamtzahl von 69 415 auf 68 249 Mitglieder gefallen ist. Der Verband hatte im Jahre 1915: 16 633 Neuauf-

nahmen zu verzeichnen, welche Zahl sich 1916 auf 21 925 erhöhte. Erfreulich ist hierbei, daß auch die in größerem Maße in die Holzindustrie eingetragenen weiblichen Arbeitskräfte an dem Mitgliederzuwachs erheblich beteiligt sind. Von den 21 925 Neuaufgenommenen entfielen 15 844 auf männliche und 4955 auf weibliche Mitglieder. Die Aufnahmeziffer der Jugendlichen erhöhte sich von 596 im Vorjahr auf 1126 im Jahre 1916.

Der Verband hat bei Zusammenstellung seiner unter den Fahnen und in Arbeit stehenden Mitglieder trotz der vielen Neuaufnahmen immer noch ein Defizit von rund 20 000 Mitgliedern zu konstatieren. Es sind schätzungsweise an 30 000 Mitglieder in den Kriegsindustrien untergekommen, diese haben dabei die Verbindung mit dem Verband vielfach verloren. Andere haben frühere verwandtschaftliche und ländliche Beziehungen wieder aufgenommen.

Im Berichtsjahr 1916 kam es zu 47 Anariststreiks, 5 Abwehrstreiks, 3 Ausperrungen und 734 Lohnbewegungen ohne Streik. Es kamen dabei nicht weniger als 95 944 männliche und 13 057 weibliche Arbeiter, zusammen 109 100 Beteiligte in Frage, eine Zahl, die in früheren Jahren niemals erreicht wurde. Der Zweck dieser Bewegungen war in den weitaus meisten Fällen, den Feuerungsverhältnissen angepaßte Lohnsteigerungen in Verbindung mit angemessener Arbeitszeitverkürzung zu erreichen. Der Erfolg war eine Lohnerhöhung für 78 008 Personen in Höhe von durchschnittlich 7,03 M. wöchentlich und eine Arbeitszeitverkürzung um durchschnittlich drei Stunden wöchentlich für 468 Personen. Bei 176 Lohnbewegungen wurden Tarifverträge abgeschlossen bzw. erneuert oder ergänzt.

Der Kassenabschluss ergibt für 1916 eine Mehreinnahme von 562 100 M., während das Jahr 1915 einen Ueberschuß von 748 867 M. ergab. Leider ist damit das Kriegsdefizit der Verbände nicht voll ausgeglichen, die 1914 eine Verminderung um 1 417 199 M. erfuhr. Haupt- und Solalkassen zusammen erlitten durch den gewaltigen Kassenansturm des Jahres 1914 eine Einbuße von 2 371 937 M. Der Vermögensstand des Verbandes stellte sich Ende 1916 auf 6 713 894 M. gegen 7 404 017 M. Ende 1913. An Unterführungen wurden 1916: 985 971 M. ausbezahlt gegen 6 747 763 M. im Jahre 1914 und 1 431 625 Mark im Jahre 1915.

Im Baugewerbe sind **Arbeitslosen** und sogar **Arbeitslosen** eingetreten, weil die Bauunternehmer nicht überall die zugesicherten Feuerungsulagen zur Auszahlung bringen. Das hängt damit zusammen, daß die dadurch verursachten Mehrausgaben den Unternehmern nur dann vergütet werden, wenn sie Mitglieder des Arbeitgeberbundes sind. Diese ganz einseitige Bevorzugung des organisierten Bauunternehmertums ist eine sehr unglückliche Maßnahme der Reichsregierung und sollte abgestellt werden, ehe ein Weitergreifen der Konflikt die deutsche Kriegswirtschaft schädigt.

Einen lange umkämpften Fortschritt im Arbeitsverhältnis hat der Schneiderverband durchgesetzt. Auf sein Drängen hat sich der Unternehmerverband des Gewerbes, „**Adav**“ genannt, bereit erklärt, alle Mitglieder des „Allgemeinen deutschen Arbeitgeberverbandes“ für das Schneidergewerbe“ anzuhalten, daß in Zukunft den Arbeitern die Nähzutaten frei geliefert werden. Bei den Schwierigkeiten und Kosten, die gerade gegenwärtig die Beschaffung der Nähzutaten den Arbeitern macht, stellt dieses Zugeständnis einen erheblichen Fortschritt dar. Der Verband ermahnt deshalb seine Mitglieder, auch durch spartames Umgehen mit den Nähzutaten für die bayernde Aufrechterhaltung der jetzt getroffenen Einrichtung zu sorgen.

**Zusatzrenten.** Die Ankündigung des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge, daß er für die zahlreichen in Not befindlichen Kriegrentner den Sammelbeutel schlingen wolle, hat in der Öffentlichkeit einen so jämmerlich schlechten Eindruck gemacht, daß Kriegsministerium und Reichsausschuss des Innern schleunigst davon abgerückt sind. Jetzt teilt der Reichsausschuss der Kriegsbeschädigtenfürsorge mit, daß er einen Entwurf für die Gewährung der Zusatzrenten ausgearbeitet hat, durch den dafür gesorgt werden soll, daß der Kriegsbeschädigte durch Militärrente, Zusatzrente und Arbeitsentlohnung ungefähr wieder auf die Einkommensstufe gelangt, die er vor dem Kriege hatte. Ähnliche Zusatzrenten sollen auch den Kriegsbeschädigten gewährt werden. Das wäre zweifellos ein erheblicher Fortschritt. Aber Zufriedenheit ist auf diesem Wege überhaupt nicht zu erreichen. Erst wenn man dem Kriegsbeschädigten die Möglichkeit gibt, seine Rente in ordentlichem Rechtsverfahren festsetzen zu lassen

und dem Kriegsbeschädigten dabei weitgehende Mitwirkung gönnt, werden die herbsten Kräfte verstimmt. Auch der Kriegsbeschädigte will nicht Objekt der Fürsorge, sondern Rechtssubjekt. Träger von Rechten sein.

Der Schlußakt der **Kohlstrüben** — verteuertes Brot? Von den 80 Millionen Rentner Kohlstrüben, welche seinerzeit die Reichskartoffelstelle aufgekauft hat, ist ein nicht geringer Teil, um ihn vor völligem Verderben zu retten, zu einem meist arg minderwertigen Dörrgemüse verarbeitet worden. Sogar **Rübenmehl** hat man daraus gemacht, aber auch dieses will kein Mensch kaufen, weil es schon merkwürdig aussieht. Kohlstrüben kosteten 250 M. der Rentner, Kohlstrübenmehl 110 bis 130 M. Die Trockner werden also auf ihre Rechnung gekommen sein, nicht aber die Gemeinden, die jetzt mit ihren großen Restbeständen haufenweise gehen und sich gegenseitig — eine seltene Kriegserscheinung — die Preise herunterdrücken. Woran man ersehen kann, wie schlecht die Ware sein muß. Nun hat man sie „verschönt“, nämlich mit Kartoffelmehl gemischt, und so soll sie schlüsselfähig als **Brotmehl** auf den Markt kommen. In Bayern erklärt man diese sogar für abnahmepflichtig! Aber die Gemeinden wissen, daß die Einwohnerchaft zur Abnahme dieses Zeugnis nicht gezwungen werden kann, und deshalb liebäugelt man mit den Kommunalverbänden aufgekauft werden. In Bayern erklärt man diese sogar für abnahmepflichtig! Aber die Gemeinden wissen, daß die Einwohnerchaft zur Abnahme dieses Zeugnis nicht gezwungen werden kann, und deshalb liebäugelt man mit den Kommunalverbänden aufgekauft werden. In Bayern erklärt man diese sogar für abnahmepflichtig! Aber die Gemeinden wissen, daß die Einwohnerchaft zur Abnahme dieses Zeugnis nicht gezwungen werden kann, und deshalb liebäugelt man mit den Kommunalverbänden aufgekauft werden.

Der neueste **Nahrungsmittelschwindel**. „Mölkereinäherei“ wird zu 2.— M. das Pfund in Dortmund, wahrscheinlich aber in Kürze auch anderswo ausgedoten und stellt sich als ein stark säuerlich schmeckendes, schmutzigweiß aussehendes, offenbar mit **Molken** angerührter — Quark (weißer Käse) dar. Für letzteren besteht bekanntlich ein Höchstpreis von 60 Pf. Der lüchtige Unternehmer läßt sich also seine Verwässerung des Quarks recht anständig bezahlen.

## Adressenveränderungen.

**Braunschweig.**  
Vorstand: Frau Johanne Albrecht,  
Ludwigstr. 25 IV.

**Ehren-  Tafel**

**für unsere im Felde gefallenen Kollegen.**

Am 1. Juli 1917 fiel auf dem Schlachtfelde bei Begegnung unser Kollege  
**Alfred Altner**  
im Alter von 26 Jahren.  
Sein Andenken hält in Ehren  
Die **Bahnhalle Leipzig.**

**Nachruf.**

Am 24. Juli verstarb schnell und unerwartet infolge eines Unglücksfalles unser langjähriges Mitglied, der Abzieher  
**Ernst Seidel**  
(Fa. Wigan'sche Buchdruckerei).

Am 30. Juli verstarb schnell und unerwartet unser langjähriges Mitglied  
**Martha Hermsdorf**  
(Fa. Hindorf & Wary).  
Ihr Andenken hält in Ehren  
Die **Bahnhalle Leipzig.**